

Recht kurz bitte (32)

Japans Handelsabkommen: Widerstand

In Japan wird heftig über Vor- und Nachteile von Freihandels (FTA)- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) diskutiert. Japan geht mit dem Thema vorsichtiger um als beispielsweise Südkorea. Warum?

Von Mikio Tanaka

Nach japanischem Verständnis sind Freihandelsabkommen (FTA) Abkommen, die vorwiegend auf den Abbau von Warenzöllen zwischen bestimmten Ländern oder Regionen abzielen. Japan verhandelt momentan um die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) zwischen den zehn ASEAN-Mitgliedern und sechs weiteren Staaten sowie dem Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten. Verglichen mit Südkorea, das bereits mit den drei großen Wirtschaftsregionen USA, EU und China FTA abgeschlossen hat, unterscheidet sich der Ansatz Japans erheblich: Seitdem Japan 2002 ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit Singapur abgeschlossen hat, legt Tokyo den Schwerpunkt eher auf solche EPA denn auf FTA. EPA zielen neben dem Freihandel auf eine umfassende Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen ab, sowie auf weitere Aspekte wie zum Beispiel die Schaffung von Regeln bezüglich Investitionen, Mobilität, oder den Schutz geistigen Eigentums. Bisher sind entsprechende Abkommen mit 14 Ländern sowie der ASEAN in Kraft, beziehungsweise bereits unterzeichnet. Verhandelt wird noch über bilaterale Abkommen mit Kanada, Kolumbien, der EU, der Türkei und Südkorea sowie über ein trilaterales Abkommen mit China und Südkorea.

Seit 2013 beteiligt sich Japan auch an den Verhandlungen um ein extrem umfangreiches EPA: die Transpazifische Partnerschaft (TPP). Besonders dieses Abkommen wird heiß diskutiert, da auch die USA teilnehmen und ein hoher Liberalisierungsgrad von über 95 Prozent des Handels angestrebt wird.

Großer Widerstand

Handelsliberalisierung wie FTA und EPA dürften für ein derart rohstoffarmes Land mit verarbeitender Industrie, wie Japan es ist, große Vorteile bringen. Ein Beispiel sind Autoimportzölle: Derzeit liegen die US-Werte bei 2,5 bis 25 Prozent (in der EU sogar bei 10 bis 22 Prozent), während Japan seit 1978 keine Zölle auf Autoimporte mehr erhebt. Kommt das TPP zustande, werden solche Ungerechtigkeiten bei Autoimportzöllen aufgehoben. Dennoch gibt es in Japan immer wieder starken Widerstand gegen Handelsliberalisierung. Warum?

Die Gründe dafür mögen auch im rechtlichen System Japans und dessen Geschichte liegen – etwa in dem verfassungsrechtlichen Problem, dass die landwirtschaftlichen Regionen auf-



grund der ungleichen Gewichtung der Stimmen parlamentarisch überrepräsentiert sind (JM 6/2013). Die Agrarindustrie ist in Japan einer der größten Gegner der Handelsliberalisierung. Auch der Fakt, dass Japan nach seiner Öffnung Ende des 19. Jahrhunderts lange Jahre nur als „halb-souveräner“ Staat angesehen wurde und

unter den „ungleichen Verträgen“ mit dem Westen litt, mag eine Rolle spielen. Möglich, dass das Zögern Japans heute des weiteren daher rührt, dass man die eigene Zollhoheit ungern beschränken möchte, um die man (nebst Abschaffung der Extraterritorialität zugunsten westlicher Länder) so bitterlich kämpfen musste.

Heterogene Regionen

Aber nicht nur Japan tut sich schwer mit dem Freihandel. Anders als Europa teilen die Staaten Asiens keine gemeinsame auf einer Weltanschauung basierende Kultur, diverse Völker leben in unterschiedlichen politischen Systemen. In Eurasien finden sich beispielsweise mit Christentum, Islam, Hinayana- und Mahayana-Buddhismus, Konfuzianismus oder Kommunismus diverse – teilweise sich überlappende – Kulturkreise. Asien wird definiert als *alles* in Eurasien, was *nicht europäisch* ist. In Japan mit seinen eigenen shintoistischen Wertvorstellungen, bedeutet „Asien“ oft „alle asiatischen Länder und Regionen *außer Japan*“. Folglich kann sich in Asien nur schwer ein gemeinsames Bewusstsein wie in der EU herausbilden, wo die nationale Souveränität teilweise an supranationale Organisationen übertragen wurde. Eine Europaklausel wie §23 des deutschen Grundgesetzes, der die Teilabgabe von nationalen Hoheitsrechten regelt, wäre in Japan – oder überhaupt in Regionen außerhalb Europas – undenkbar.

Entsprechend greifen FTA und EPA unter asiatischen Staaten tendenziell weniger in innere Angelegenheiten der Staaten ein und auch bei den Regelungen zum Zollabbau gibt es viele Ausnahmeregelungen. Mit seinem hohen Liberalisierungsgrad und nur sehr begrenzten Ausnahme, ist das TPP in diesem Sinne epochemachend. ■



Mikio Tanaka

ist Partner und Rechtsanwalt mit japanischer Volljuristzulassung bei City-Yuwa Partners in Tokyo.

E-Mail: mikio.tanaka@city-yuwa.com
www.city-yuwa.com